Mehr Bürokratie, weniger Chancen für den Mittelstand

08.06.18 | Berlin

Mehr Bürokratie, weniger Chancen für den Mittelstand

Ein Vergabe-Mindestlohn von 12,63 Euro je Stunde, dazu neue Vorschriften zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten – für kleine Firmen könnte es noch schwieriger werden, an öffentliche Aufträge zu kommen.

Der Berliner Senat will das Vergabegesetz novellieren. Doch für die Unternehmen könnte es noch komplizierter werden als bislang. "Das Gesetz sollte dringend verschlankt werden", rät UVB-Hauptgeschäftsführer Amsinck im Interview mit der "Berliner Morgenpost". Den vollständigen Text finden Sie hier.

"12,63 Euro je Stunde gehen völlig an der Realität vorbei", sagt UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen

- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihre Ansprechpartner zum Thema Vergabe

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Weickert [at] wveb.de

Download VCF

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] wveb.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] wveb.de

Download VCF